

Zeitschrift: Frauezeitig : FRAZ
Herausgeber: Frauenbefreiungsbewegung Zürich
Band: - (1995-1996)
Heft: 3

Rubrik: Leserinnenbriefe

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

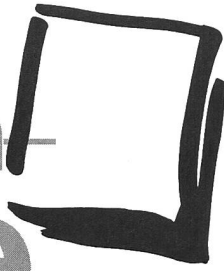
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 12.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Leserinnen- Briefe



«Wieviel Gedankenlosigkeit ist erlaubt?»

«Mea Culpa genügt nicht» FRAZ 2/95, S.10ff.
Die FRAZ zum Thema «Antisemitismus» habe ich mit grossem Interesse gelesen. Die Diskussion darüber ist in der schweizerischen Frauenbewegung überfällig. Entsetzt war ich allerdings über Aussagen im Gespräch «Mea Culpa genügt nicht. Vom schwierigen Umgang mit dem Thema Antisemitismus». Trotz einigen differenzierten Ansätzen bietet es ein Forum für antisemitische Aussagen, die nicht unwidersprochen hätten bleiben dürfen. Auf die Frage nach der eigenen Auseinandersetzung mit Antisemitismus wird u.a. die Beschäftigung mit dem «Dritten Reich» und ein Ausflug in Israel, bei dem frau nicht darüber informiert wurde, dass er auf besetztes Gebiet führte, genannt; Philosemitismus wird als positives Gegenstück von Antisemitismus begriffen (und nicht als die andere Seite der Medaille, die genauso antisemitisch ist), und es darf auch frei von der Leber weg vom «Holocaust-Bonus» gesprochen werden. Wieviel Gedankenlosigkeit ist eigentlich erlaubt?

Corinne Schelbert sagt beispielsweise folgendes: «Von jüdischer Seite heisst es allerdings, dass, wer antizionistisch ist, auch latent antisemitisch sei. Diesen Vorwurf weise ich jedoch von mir, weil ich meine, sehr wohl zwischen Antisemitismus und Antizionismus unterscheiden zu können.» Und: «Juden und Jüdinnen können es besser beurteilen, was antisemitisch ist. Ich möchte es den Minderheiten überlassen, zu entscheiden, wenn etwas antisemitisch oder rassistisch ist.» Ja was denn nun? Jeannine Horni sagt dazu: «Dass wir bei der Definition von Antisemitismus nicht mitreden können, sollen und dürfen, macht jede Diskussion darüber sehr schwierig und verwirrend. Erst recht, weil es unter den Betroffenen selbst sehr unterschiedliche Definitionen gibt.»

Solche Aussagen kommen zustande, wenn frau Antisemitismus nicht als politisches Problem und strukturelles Merkmal, sondern als eine von Fall zu Fall, von Freund zu Freund, von Jude zu Jüdin zu entscheidende persönliche Frage betrachtet, die sich je nach momentaner Befindlichkeit beantworten lässt. Das sieht dann so aus: habe ich Lust dazu, lasse ich JüdInnen definieren, was Antisemitismus ist. Dann sollen sie aber gefälligst alle einer Meinung sein und mich nicht verwirren. Fühle ich mich durch ihre Aussagen z.B. auf meinem linken (blinden) Auge bezüglich Israel/Palästina bedroht, lasse ich mir nichts vorschreiben.

Doch auch wenn es schwerfällt: selber denken ist angesagt, denn die «Betroffenen» von Antisemitismus sind nicht JüdInnen, sondern NichtjüdInnen. Eine fundierte politische Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Linken und in der Frauenbewegung setzt einerseits voraus,

dass man die Stimme der Anderen, der Juden und Jüdinnen in diesem Fall, hören und auf sie eingehen kann und andererseits, dass diese Anderen nicht für die Rechtfertigung schon feststehender Meinungen instrumentalisiert werden. Wenn Schelbert allerdings die Überzeugung ausdrückt, dass der Antisemitismusvorwurf sie nie betroffen habe und sie niemand dafür sensibilisieren musste, dann wird diese Auseinandersetzung sowieso von vorneherein unmöglich. Über die eigene Verquickung mit Geschichte und Entwicklung der westlichen Gesellschaft muss so erst gar nicht nachgedacht werden.

Shelley Berlowitz, Zürich

Monotheistische Religionen möchte ich hinterfragen dürfen

«Antisemitische Assoziationen – eine Mixtour über Antisemitismus» FRAZ 2/95, S. 15.

Wie fast immer kann ich Euch mein grösstes Kompliment zu Eurer letzten FRAZ (Nr. 2/95) über Antisemitismus machen, die mich ganz besonders interessiert hat.

Allerdings wäre ich noch begeisterter gewesen, wenn in den beiden Gesprächsrunden von Tanja Hetzer Antisemitismus, Antizionismus (der nicht zwangsläufig mit Antisemitismus verbunden ist) und hitlerischer Rassismus, der weit über Antisemitismus hinausgeht, besser auseinander gehalten worden wären. Ich weiss aber, wie schwer das ist, namentlich für die Nachkriegsgeneration.

Hingegen möchte ich mich etwas kritisch zu der Mixtour mit dem Titel «Antisemitische Assoziation» (S. 15) äussern. Ich kann nämlich nicht einsehen, weswegen die aus feministischer Sicht sehr interessante und wichtige Frage nach der Situation der Frauen im Judentum aus einer antisemitischen Assoziation hervorgegangen sein soll. Es sei denn, sie war von abwertenden oder verächtlichen Bemerkungen begleitet. Mit welcher verwerflichen Assoziation wäre dann die immer wieder, insbesondere von feministischen Theologinnen gestellte Frage nach der Lage der Frauen im Christentum verbunden?

Die orthodoxen Jüdinnen sind nicht unterdrückt, weil sie den religiösen Traditionen folgen – sie werden ja sicher nicht gewaltsam dazu gezwungen, jedenfalls nicht in der Schweiz –, sondern weil die Unterdrückung der Frauen in eben diesen Traditionen verankert ist.

Alle monotheistischen Religionen machen Frauen, in unterschiedlichem Mass zu minderwertigen, untergeordneten, «unreinen» Lebewesen, deren einzige Rolle und Aufgabe es ist, das Geschlecht, namentlich das männliche zu erhalten und zu reproduzieren. Ihre Sexualität darf einzig zu diesem Zweck dienen, und sie dürfen auf keinen Fall Genuss dabei empfinden. Sie müssen ihre Schönheit und ihren Körper verber-

gen (damit wird auch der Besitztum des Ehemannes garantiert). So sind in allen Religionen die Haare ein Tabu. Orthodoxe Jüdinnen tragen eine Perücke, den «Scheitel», weil sie bei ihrer Heirat ihre Haare abschneiden müssen. Im katholischen Frankreich durften die Mädchen bis zum Zweiten Weltkrieg in der öffentlichen, weltlichen Schule nicht ohne Kopfbedeckung und lange Strümpfe erscheinen.

Ich wüsste nicht, warum es nicht möglich sein sollte, die jüdische (oder islamische) Religion zu hinterfragen, ohne des Hasses der Angehörigen dieser Religionen bezichtigt zu werden.

Hedda Jullien, Paris

Aufgepasst: Back-lash

Nein zur Initiative «Trennung von Staat und Kirche» am 24. Sept. 1995.

Die Initiative bedeutet, dass die ref. Kirche des Kantons Zürich aufgelöst wird. Ihre Mitglieder «werden ausgetreten». Ihre Finanzierung wird komplett unsicher. Die kath. Kirche im Kanton Zürich verliert ihre demokratische Struktur. Das bedeutet direkte, auch finanzielle Abhängigkeit vom Bischof in Chur. Zur Lösung kirchlicher Probleme (doktrinäres Papsttum, Zölibat, Frauenordination) trägt die Trennung nichts bei.

In allen Kirchen sind Frauen die Basis. 80% der Frauen im Kanton gehören einer der drei öffentlich-rechtlich anerkannten Kirchen an. Sie haben in den Kirchen viele Räume für ihre Aktivitäten wie Erwachsenenbildung, Müttergruppen, Frauengruppen, Beratungsdienste, Solidaritätsarbeit usw. geschaffen.

Durch Kollekten und Subventionen werden zahlreiche private Frauenprojekte mitgetragen – und zwar mit Beiträgen in der Höhe von vielen tausend Franken. Wer wird diese Spenden ans FIZ, an das Frauenhaus, an den Eltern-Notruf, den Brahmshof, an die dargebotene Hand ersetzen? Wer wird einspringen in die Begleitung drogenabhängiger Frauen, in die Beratung von Flüchtlingsfrauen, in die Witwenarbeit? Die Initiative ist ein Back-lash – gerade zum Zeitpunkt, in dem Frauen kulturell und religiös erwacht sind (feministische Theologie, Frauengottesdienste, ökumenische Frauenbewegung, Tagungen zu Frauenthemen) und grösseren Einfluss und mehr Raum für sich gewonnen haben als je zuvor. Privatisierung bedeutet auch in diesem Zusammenhang Sozialabbau. Privatisierung bedeutet eine patriarchale Retourkutsche und das Aus für zahlreiche lebendige Frauengruppen in den Kirchen.

Deshalb – nicht aus Bekenntnisgründen oder weil in den Kirchen alles zum Besten stünde – gibt es aus Frauensicht nur ein deutliches Nein am 24. September.

Renate Huonker
Kantonsrätin, Grüne
Pfarrerin in Zürich